



⇒ Frank Nullmeier

Ein neuer Kapitalismustyp oder neue Steuerungsformen im Sozialstaat? Silke van Dyk und Tine Haubner analysieren die Verzivilgesellschaftung der Sozialpolitik

Der neoliberale Kapitalismus tritt in ein neues Stadium. Nun wird Gemeinschaft propagiert und zur Stabilisierung der Verhältnisse insbesondere in den sozialen Dienstleistungssektoren benutzt – so die zentrale These dieses Buches. Der neue ›Community-Kapitalismus‹ ist die »Verknüpfung von Posterwerbs- und Gemeinschaftspolitik« (122). Posterwerbsarbeit bezeichnet nicht regulär entlohnte Arbeit, sie sei gerade nicht das Ende der Erwerbsarbeit, vielmehr die Vermischung von Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit, das Auftreten »fließender Übergänge« (117), eine Informalisierung der Erwerbsarbeit. Das zeige sich in der Bedeutungszunahme des freiwilligen Engagements in Initiativen, Projekten, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen, insbesondere im Bereich der Sorgetätigkeiten. Gemeinschaftspolitik umfasst alle Formen der Sozialpolitik, die auf die Einbeziehung gemeinschaftsbasierter Sorgeformen zur Deckung staatlicher Versorgungslücken zielen. Öffentliche Verlautbarungen und Programme zur Förderung des freiwilligen Engagements würden seit den 1990er-Jahren von allen staatlichen Ebenen verstärkt eingesetzt, Arbeit als ›Hilfe‹, ›Freizeit‹, ›Gemeinschaft‹ und ›Engagement‹ gedeutet. Dabei handele es sich aber nicht mehr um die Mobilisierung traditionaler Gemeinschaften, die in Verwandtschaft, Kirche oder ethnischer Zugehörigkeit wurzeln; es gehe vielmehr um posttraditionale Gemeinschaften, die auf Freiwilligkeit und gemeinsamem Interesse an einer bestimmten Aufgabe beruhen. Frei eingegangene Commitments hielten derartige Gemeinschaften zusammen.

Die Diagnose einer »grenzenlosen Ökonomisierung des Sozialen« (107) sei daher falsch, so die Autorinnen. Vielmehr komme es zu einer »Verzivilgesellschaftung der sozialen Frage« (112).

Silke van Dyk / Tine Haubner (2021): Community-Kapitalismus, Hamburg: Hamburger Edition. 175 S., ISBN 978-3-86854-354-4, EUR 15,00.

GND: 10.18156/eug-1-2022-rez-17

⇒ Vergesellschaftung des Sozialstaates

Der Schlüssel zu diesen Thesen findet sich vermutlich im Schlusskapitel. Silke van Dyk und Tine Haubner von der Friedrich-Schiller-Universität Jena entwickeln dort die normative Konzeption eines zivilgesellschaftlich geöffneten Sozialstaates; aber eben eines staatlich getragenen Systems sozialer Sicherung, eines Sozialstaates, der auf sozialen Rechten und professioneller Erwerbstätigkeit in all seinen Sektoren und Aufgabenfeldern beruht. Diese Vorstellung ist gerade nicht anti-etatistisch oder prinzipiell sozialstaatskritisch. Es geht vielmehr um ein »*Insourcing* zivilgesellschaftlicher Akteure als handlungsmächtige Gestalter*innen in die Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur« (156; Herv. i.O.). Analog zur Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen (deren Defizite stehen dabei nicht zur Debatte) soll auch das Feld sozialer Dienstleistungen der zivilgesellschaftlichen Mitbestimmung und Entscheidungsfindung geöffnet werden. Das System sozialer Rechte und sozialstaatlicher Institutionen zu befürworten, müsse daher nicht heißen, sich auf die Seite eines bürokratielastigen Etatismus zu schlagen. Gefordert wird vielmehr eine Vergesellschaftung des Sozialstaates: Die Autorinnen wollen die »Gestaltung und Verwaltung sozialer Rechte, Infrastruktur und Daseinsvorsorge konsequent vergesellschaften« (159). Weiter als dieser vergesellschaftete Sozial- und Infrastrukturstaat reiche nur ein vom Kapitalismus befreiter Zustand einer »nichtmonetarisierten Tätigkeitsgesellschaft« (156), in der die gegenseitige Hilfe an die Stelle geldvermittelter Sozialbeziehungen tritt. Solange aber keine Aussicht auf eine derart wie immer näher zu kennzeichnende »kommunistische« Gesellschaft bestehe (vgl. 152), sei der vergesellschaftete Sozialstaat mit seinem System sozialer Rechte das anzustrebende politische Ziel.

⇒ Kritik des kommunitären Antietatismus

Von dieser normativ durchaus einprägsamen Konzeption ausgehend erfolgt zum einen die Auseinandersetzung mit diversen Theorien zu einer tragenden Rolle von Zivilgesellschaft, Gemeinschaft und bürgerhaftlichem Engagement. Dass rechte politische Bewegungen im Zuge der populistischen Gegenüberstellung von Volk und Elite auf eine Gemeinschaftsrhetorik zurückgreifen und diese zudem nationalistisch und rassistisch aufladen, ist bekannt. So richtet sich der Angriff vor allem auf die progressiven Positionen. Die Autorinnen halten es für einen »bemerkenswerten Fehlschluss vieler links-alternativer Ansätze und

Bewegungen, dass sie die freiheitsverbürgende und autonomiestiftende Funktion sozialer Institutionen und sozialer Rechte konstitutiv geringschätzen und die emanzipatorische Kraft oft ausschließlich und pauschal in Gegenbewegungen ›von unten‹ verorten« (154f.). Sie argumentieren gegen eine harmonisierende und allzu positiv ausfallende Bewertung zivilgesellschaftlicher Beiträge zur Sozialpolitik und zum System sozialer Dienstleistungen, aber auch in rein privatwirtschaftlich verfassten Sektoren.

Publizistische Beiträge aus dem linken Spektrum, die zu einer Hinnahme der Instrumentalisierung freiwilliger Tätigkeit neigen oder gar aktiv eine community-orientierte Weiterentwicklung kapitalistischer Strukturen empfehlen, stehen daher in der Kritik. So setzen sich die Autorinnen ebenso mit dem (ersten) Konvivialistischen Manifest auseinander wie mit Slavoj Žižek, Sarah Wagenknecht, Wolfgang Merkel, Ruud Koopmans und Michael Zürn. Letztlich ergäben sich in deren Argumentationsweisen zu leicht »Anschlussstellen zwischen linkem Anti-Etatismus und neoliberaler Sozialstaatskritik« (140).

Dass auch das subjektive Empfinden vieler Engagierter oft von positiven Einstellungen zu einer zivilgesellschaftlichen Prägung des Sozialstaates bestimmt ist, wird durchaus herausgearbeitet, aber es solle darin gerade nicht ein Vorschein einer besseren Arbeitswelt gesehen werden. Das reale »Begehren nach Verbundenheit und Solidarität« (128) wird gewürdigt, ebenso das Selbstverständnis der Engagierten, jederzeit die Tätigkeit abbrechen oder ruhen lassen zu können, also der Instrumentalisierung und Ausbeutung nicht hilflos ausgesetzt zu sein oder gar zu etwas gezwungen zu werden. »Spaß, Sinnstiftung und Anerkennung« (131), auch Qualifizierungsmöglichkeiten oder das Verantwortungsempfinden gegenüber Unterstützungsbedürftigen, wiegen für viele Menschen andere Effekte ehrenamtlicher Tätigkeit auf. Entsprechend betonen die Autorinnen auch, die Engagierten nicht kritisieren oder ihnen »falsches Bewusstsein« unterstellen zu wollen (133). Aber es zeichne sich ein »Spannungsfeld« zwischen den konkreten Erfahrungen und Selbstwahrnehmungen der Engagierten und den »makrosozialen, sozio-ökonomischen, arbeitsmarkt- und wohlfahrtsbezogenen Implikationen« ihrer Tätigkeit ab (133f.). Das mag richtig sein, aber was heißt hier ›Spannungsfeld‹?

⇒ Empirische Befunde

Empirische Grundlage der Untersuchung des Community-Kapitalismus sind umfassende Literaturlauswertungen und die Ergebnisse eines

eigenen Forschungsprojektes mit dem Titel ›Neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats‹, das von der Hans-Böckler-Stiftung von 2017 bis 2020 gefördert wurde. Dokumentenanalysen, problemzentrierte Interviews mit 46 Engagierten und leitfadengestützte Experteninterviews mit 80 Expert*innen aus jeweils zwei Mittelstädten und Landkreisen in Baden-Württemberg und Brandenburg stellen das Material bereit, aus dem diese Arbeit schöpft (vgl. 12f.). Für einige Passagen wird zudem auf ein im November 2020 begonnenes DFG-Projekt von Stefanie Graefe und Silke van Dyk unter dem Titel ›Freiwilligkeit als Ressource im Gegenwartskapitalismus‹ zurückgegriffen.

Die Forschungsergebnisse beziehen sich nicht auf eine Kartographierung der Freiwilligentätigkeit im Bereich sozialer Dienstleistungen, sondern auf die fallbezogene Identifizierung von Tatbeständen, die die problematischen Seiten dieser Arbeitsform aufzeigen. Wenn informelle Arbeit in die Aufgabenerfüllung staatlichen Handelns oder der öffentlichen oder privaten Agenten sozialpolitischer Aufgabenerfüllung eingeht, so sei dies problematisch, weil keine Entlohnung und Einordnung in ein reguliertes Arbeitsmarktregime stattfindet. Statt eines kapitalistisch und staatlich instrumentalisierten Engagements mit Aufwandsentschädigung und ohne hinreichende Qualifizierung sollte lieber eine Verberuflichung und Überführung in versicherungspflichtig abgesicherte Erwerbstätigkeit erfolgen. So stehen auch in der Empirie Kritiken im Vordergrund: die Kritik an der Instrumentalisierung von Mehrgenerationenhäusern für die Frühförderung von Flüchtlingskindern (vgl. 50), am verstärkten Einsatz von organisierter Nachbarschaftshilfe (vgl. 76), an dem weitgehenden Verzicht auf professionelle Arbeit im Feld der Flüchtlingshilfe (vgl. 52) und vor allem an den Zuständen in der Altenpflege, denen ein ganzes Kapitel gewidmet ist (Kapitel 5). Gerade in diesem Sektor zeigten sich Tendenzen der Deprofessionalisierung als Folge der Übertragung von verantwortlichen Aufgaben an Ehrenamtliche ohne hinreichende Schulung – mit der Folge sinkender qualitativer Versorgungsniveaus zur bloßen Deckung des Grundbedarfs, da ohne die Freiwilligen Kostendruck und Fachkräftemangel nicht bewältigt werden könnten. Mangelnde Entlohnung oder das Ausweichen auf Aufwandsentschädigungen gelte zudem auch dort, wo digitale Plattformen eingesetzt werden, wie in der Nachbarschaftsplattform ›nebenan.de‹; eine Kritik, die auf viele Formen der ›Mitwirkung‹ als Prosumer an der Plattformökonomie ausgedehnt wird – bis hin zur Wanderapp ›Komoot‹ (vgl. 85).

So treibt die kritische Perspektive die Analyse der Untersuchungsfälle. Alles, was als »Rückkehr informeller, rechtlich ungeschützter Arbeitsverhältnisse« (4) gewertet werden kann, insbesondere die Zunahme der informellen Sorgearbeit außerhalb der Familie, was Freiwilligkeit und Gemeinschaft als Ressource zum Stopfen von systematisch erzeugten Lücken im Sozialstaat nutzt, was unbezahlte oder minderbezahlte Arbeit in staatlichen oder unternehmerischen Kontexten darstellt, was nicht den professionellen Standards der regulär Erwerbstätigen entspricht, wird als Beleg für die Entwicklung des ›Community-Kapitalismus‹ herangezogen.

Was ist dann aber noch ein legitimes freiwilliges Engagement? Auf diese Frage geben die Autorinnen eine sehr klare Antwort: »Nur in der zusätzlichen Ergänzung zu einer bedarfsgerecht ausgebauten professionellen Versorgungsstruktur können freiwillige Laientätigkeiten ihre Potenziale und ihren vielgelobten Eigensinn auch entfalten.« (97) Das gelte auch, weil Freiwilligkeit strukturell labil und unzuverlässig sei (vgl. 98). Es sei schließlich Bedingung von Freiwilligkeit, jederzeit unterbrechen oder aufhören zu können: »Gerade verbindliche, langfristige, konsequent an den Bedarfen der Hilfebedürftigen ausgerichtete professionelle Unterstützung können – und wollen – die meisten Freiwilligen (oft zu Recht) nicht leisten.« (99) Mehrfach wird betont, dass es dem Buch nicht um eine grundlegende Problematisierung von Freiwilligenarbeit geht, sondern um die Aufklärung über die Bedingungen, in die sie sich fügt.

⇒ Zur Konstruktion des ›Community-Kapitalismus‹

Die empirischen Belege werden im Begriff des ›Community-Kapitalismus‹ zusammengeführt. Aber muss gleich ein neuer Kapitalismustyp ausgerufen werden, wenn sich im sozialstaatlichen Steuerungsgefüge Verschiebungen ergeben? Es bleiben den Leser*innen eigentlich nur zwei Möglichkeiten. Die erste besteht darin, im Terminus ›Community-Kapitalismus‹ ein aufmerksamkeitsförderndes Label von Verlag und Autorinnen zu sehen und es auch nur als solches ernst zu nehmen. Dem widerspricht jedoch das achte Kapitel energisch. Die zweite Sichtweise dürfte darin bestehen, den Begriff in die lange Reihe jener Kapitalismustypen und -perioden einzuordnen, die bereits von Gesellschaftstheorien oder sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnosen vorgelegt wurden. Dann bliebe aber kaum etwas Anderes übrig, als die Titelbehauptung zurückzuweisen, weil sich die aufgezeigte Veränderung nicht auf den Kapitalismus insgesamt bezieht, sondern nur auf sozialpoli-

tische Steuerungsmodelle und z.T. auch auf digitale Geschäftsmodelle. Letzteres ist unter dem Begriff der ›Plattformökonomie‹ oder des ›Plattform-Kapitalismus‹ sicher treffender abgebildet. Und bedürfte es nicht zum Beleg dieses neuen Typs eines entscheidenden Wachstums, einer Expansion dieser Formen von Tätigkeit, einer relativen Bedeutungszunahme gegenüber traditioneller Erwerbsarbeit mit sozialversicherungsrechtlicher Absicherung? Und sind nicht Formen von Mini- und Midi-Erwerbstätigkeit, von Leiharbeit und weitere Formen prekärer Arbeit weitaus verbreiteter als die Akzentuierung des Ehrenamtes in neuer Gestalt? Eine solche Untersuchungsperspektive bieten die empirisch ausgerichteten Kapitel des Buches leider nicht. Bezeichnung und Befund befinden sich, was den Maßstab, die Skalierung angeht, schlicht nicht auf derselben Ebene.

Woher aber das Verlangen nach einem neuen Kapitalismustyp? Vermutlich ist auch hier die Konzeption einer Vergesellschaftung des Sozialstaates leitend. Das Konstrukt ›Community-Kapitalismus‹ zielt vor allem auf eine Kritik des Verlustes an Staatlichkeit als Bürge sozialer Rechte und regulierter professioneller Erwerbstätigkeit. Statt die Gesellschaft in den Sozialstaat hinein zu holen und den Sozialstaat zu demokratisieren, substituieren der Sozialstaat bezahlte Lohnarbeit mit hohem Professionalisierungsniveau durch bürgerschaftliches Engagement – und soziale Rechte durch soziale Gaben. Alles, was der Entwicklung einer Vergesellschaftung des Sozialstaates entgegensteht, wird so zu einem Element in der neuen Kapitalismusformation. Der ›Community-Kapitalismus‹ soll aber nicht ein post-neoliberales Stadium des Kapitalismus bezeichnen, sondern nur eine weitere Windung des Neoliberalismus, »einen – gleichwohl substanziell – modifizierten Neoliberalismus« (126). Dieser neoliberale Kapitalismus nehme vom Egozentrismus Abstand und wende sich der Gemeinschaft als neuer Ressource zu, um Aufgaben zu erfüllen, die der zusammengesparte Sozialstaat ansonsten nicht mehr übernehmen kann.

Das führt schließlich zu Formulierungen wie: »Damit gelingt es dem Kapitalismus wieder einmal, sich über seine Kriseneffekte erfolgreich zu reorganisieren.« (152) Hier sucht der Kapitalismus die noch verfügbaren Ressourcen außerhalb seiner selbst, um die Krise seiner aktuellen neoliberalen Verfasstheit zu überwinden. Nur wie gelingt ihm das, wenn es kein Zentralkomitee des kapitalistischen Systems gibt? Alles nur nicht-intendierte Effekte des Handelns gutgläubiger Engagierter, die sich vom Traum eines solidarischen Alltags leiten lassen? Erscheinen sie da nicht als Verführte, deren Gutmütigkeit durch Systemmechanismen und Ideologiebildung ausgenutzt wird, also doch als

Menschen mit ›falschem Bewusstsein‹? Dann wäre es eine Aufgabe zu erklären, wieso dies immer wieder geschieht, oder genauer, warum es so viele Menschen, nicht nur die bürgerschaftlich Engagierten, mit ihrem persönlichen Einsatz sind, die das stabilisieren, was sie – ›eigentlich‹ – bekämpfen müssten. Will man eine derartige Perspektive weiterverfolgen, wären zumindest die psychologischen Vorgänge zu erkunden, die dies ermöglichen, was hieße, auf der Mikroebene die Veränderungen aufzuklären. Weitreichende Makro-Aussagen aus der sozialwissenschaftlichen Überblickswarte lassen sich dann aber nicht mehr so leicht treffen. Mit Wolfgang Knöbl, der diese Kritik jüngst in *Die Soziologie vor der Geschichte* anhand anderer zeitdiagnostischer Arbeiten ausführlich dargelegt hat,¹ kann die These eines sich selbst erfolgreich verändernden Kapitalismus nur als unterschwellige Fortsetzung der Geschichtsphilosophie gewertet werden. Wie aber soll aus derartigen Selbsttransformationen von Strukturen ohne Revolution das entstehen können, was die Autorinnen als ihr normatives Ideal ansehen, eine zivilgesellschaftliche, partizipative Form des Sozialstaates?

Frank Nullmeier, *1957, Prof. Dr. rer. pol, SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen (frank.nullmeier@uni-bremen.de).

(1) Wolfgang Knöbl (2022): *Die Soziologie vor der Geschichte. Zur Kritik der Sozialtheorie*, Berlin: Suhrkamp.

Zitationsvorschlag:

Nullmeier, Frank (2022): Rezension: Ein neuer Kapitalismustyp oder neue Steuerungsformen im Sozialstaat? Silke van Dyk und Tine Haubner analysieren die Verzivilgesellschaftung der Sozialpolitik. (Ethik und Gesellschaft 1/2022: Wohnvermögen). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2022-rez-17> (Zugriff am [Datum]).

**ethikundgesellschaft**
ökumenische zeitschrift für sozialetik**1/2022: Wohnvermögen**

Uwe Höger: Wohn-Vermögen. Zur wohnungswirtschaftlichen, politischen und biographischen Bedeutung des Einfamilienhauses in Deutschland

Gisela Schmitt: Wohnen auf gemeinsamen Boden

Corinna Hölzl: Potenziale und Grenzen von Housing Commons zur Reduzierung der Ungleichverteilung von urbanem Wohnvermögen – Das Beispiel des Mietshäuser Syndikats

Vanessa Lange, Jan Üblacker: Ländliche Gentrifizierung und soziale Konflikte. Das Beispiel Gerswalde bei Berlin

Julian Degan: Die Entwicklung der Wohnraumpreise. Wie die Wohnungsfrage wieder zu einer sozialen Frage wurde

Torsten Meireis, Lukas Johrendt, Clemens Wustmans: Die Stadt als Garten. Zum Recht auf urbanes Wohnen im Nachhaltigkeitskontext